

**Antrag 127/I/2026**

**Abt. 03/03 Wilhelmsruh-Rosenthal**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Ermäßigtes Deutschlandticket für 29,-Euro im Monat**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Re-  
2 gierungen in Bund und Ländern dazu auf, sich dafür ein-  
3 zusetzen, dass das Deutschlandticket erhalten bleibt, der  
4 Preis dauerhaft stabil bleibt und eine ermäßigte Variante  
5 von 29,- Euro für bestimmte Gruppen z.B. für Azubis ein-  
6 geführt wird.

7

**8 Begründung**

9 Das Deutschlandticket ist eine einkommensunabhängi-  
10 ge Möglichkeit, in ganz Deutschland mobil zu sein. Die-  
11 se Möglichkeit muss auch Menschen mit geringerem Ein-  
12 kommen und Vermögen gegeben sein. Darüber hinaus  
13 fördert das Deutschlandticket die ökologische Mobilitäts-  
14 wende und die Erreichung der deutschen Emissionsziele.

15

16 Das Deutschlandticket wird derzeit von ca. 13,5 Millionen  
17 Menschen genutzt<sup>1</sup> und wird von Bund und Ländern mit 3  
18 Mrd € unterstützt, das sind ca. 222,-€ pro Nutzer.

19 Im Gegenzug gibt es die steuerliche Bevorteilung von  
20 Dienstwagen, die als Vergütungsbestandteil gerade gut-  
21 verdienende Menschen bevorzugt. Schätzungen gehen  
22 von 3 bis 4 Millionen Nutzern aus. Dabei entstehen dem  
23 Staat Verluste bei Steuereinnahmen von konservativ ge-  
24 schätzten 3,5 Mrd €. Gehen wir von 4 Millionen Nutzern  
25 aus, „unterstützt“ der Staat mit 875,-€ pro Nutzer. Im  
26 Worstcase, also bei 5,5 Mrd € Verlust und 3 Millionen Nut-  
27 zern fördert der Staat mit ca. 1833,-€ pro Nutzer.<sup>2 3</sup>

28

29 Das ist eine ungerechte Bevorzugung von Besserverdie-  
30 nenden auf Kosten des Steuerzahlers und verstößt ekla-  
31 tant gegen den Gleichheitsgrundsatz.

**Empfehlung der Antragskommission  
erledigt WP-Entwurf (Konsens)**